

Expressis verbis

»Die wird es mit uns nicht geben. Das Gesetz regelt schon jetzt alles.«

Die SPD-Familienpolitikerin Christel Humme über eine Änderung des § 218, mit dem Ziel Spätabtreibungen zu begrenzen.

»Wenn es nicht gelingt weiter zu kommen, wäre das ein Armutszeugnis für die große Koalition.«

Die CSU-Abgeordnete Maria Eichhorn zu demselben Thema.

»Es gibt kein Recht auf Leben für einen Fötus.«

Irene Khan, Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation amnesty international im Interview mit der Schweizer »Weltwoche«.

»Deutschland ist der größte Nettozahler in der EU. Es kann nicht sein, dass mit unseren Steuergeldern in Europa etwas gefördert wird, was bei uns unter Strafe gestellt ist.«

Die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL) Mechthild Löhr, im Vorfeld der Beratungen des EU-Ministerrates zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm.

»Die Form der Erklärung bindet das Handeln der Kommission. Sie schreibt anders als im Zuge des 6. Forschungsrahmenprogramms erstmals fest, dass es mit EU-Mitteln keine finanziellen Anreize für die so genannte verbrauchende Embryonenforschung geben darf. Bisher war dies lediglich Praxis, nun ist diese Praxis verbindlich schriftlich festgelegt.«

Bundesforschungsministerin Annette Schavan im Anschluss an die Verhandlungen des EU-Ministerrates am 24. Juli.

»Wer beschließt, Schreinereien zu subventionieren, kann hinterher auch nicht behaupten, er schaffe keine finanziellen Anreize zum Abholzen von Baumbeständen.«

Claudia Kaminski, Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht (BVL) und der Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA) zum selben Thema.

Tops & Flops



Die Präsidentin der Philippinen, Gloria Macapagal-Arroyo, will die Gelder, die UNO ihrem Land für die Durchführung von Abtreibungen und die Verteilung von Verhütungsmittel bereitstellt, nicht mehr zu diesen Zwecken verwenden. Stattdessen sollen die UNO-Mittel für die Verbreitung der natürlichen Empfängnisregelung auf den Philippinen eingesetzt werden. Medienberichten zufolge hat Präsidentin Macapagal-Arroyo diesen Schritt mittlerweile bei verschiedenen öffentlichen Auftritten bekannt gegeben und dafür unter anderem Beifall von der katholischen Kirche erhalten. Der Oberhirte von Cebu, Ricardo Kardinal Vidal sagte, es sei »mutig«, sich für eine neue Politik der Familienplanung einzusetzen, die dem Schutz der Frauen, der Familien und der Gesellschaft im Ganzen diene. *reb*



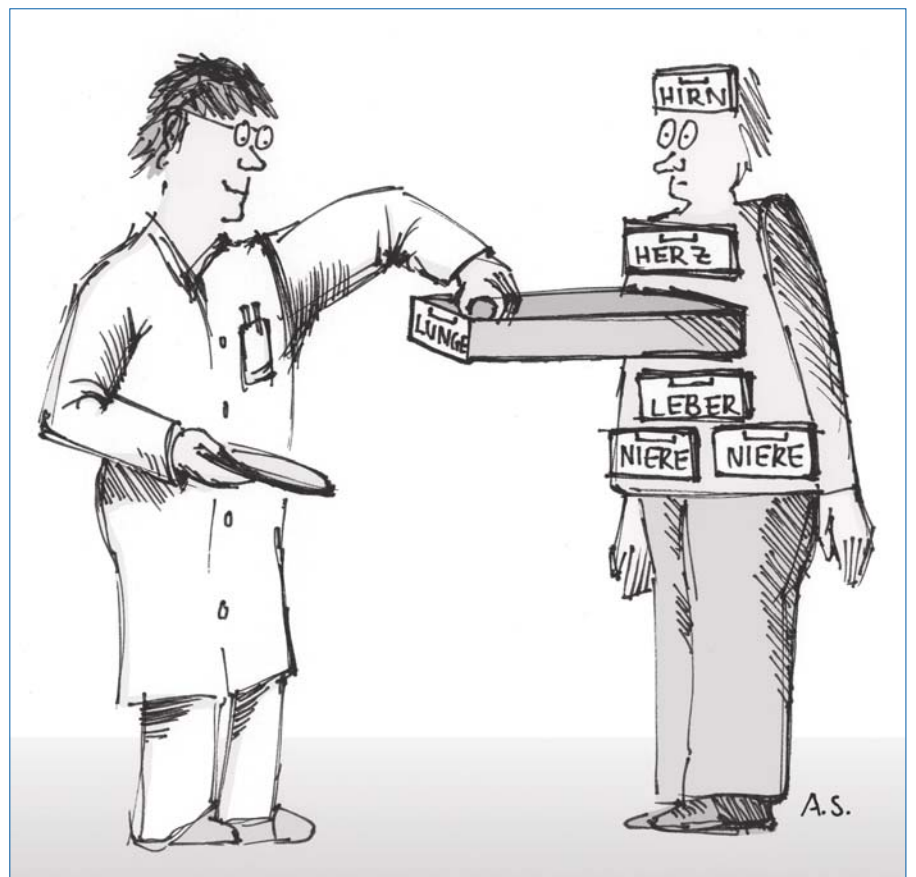
Gloria Macapagal-Arroyo



Der weltberühmte Physiker Stephen Hawking gehört zweifellos zu den genialsten Denkern der Gegenwart. Dass der Professor der Cambridge Universität die Forschung mit embryonalen Stammzellen jedoch als »Schlüssel zur Entwicklung von Heilmethoden für Leiden wie die Parkinson-Krankheit oder die Amyotrophe Lateralsklerose von der ich und viele andere betroffen sind« bezeichnete, zeigt, dass selbst einer Intelligenzbestie wie Hawking Wunsch und Wirklichkeit miteinander geraten können. Angesichts des im Tierversuch nachgewiesenen nahezu hundertprozentigen Krebsrisikos des aus embryonalen Stammzellen gezüchteten Gewebes sollte Hawking mit dem Vorwurf, »reaktionäre« Kräfte wollten die Forschung mit embryonalen Stammzellen unterbinden, vorsichtiger sein. *reb*



Stephen Hawking



Aus dem Netz gefischt

www.down-syndrom.at

Einen Preis für Design wird das Internetportal des Vereins »Down-Syndrom Österreich« wohl nicht erringen. Inhaltlich dürfte das Portal dagegen nur schwer zu schlagen sein. Angefangen von Basisinformationen wie der, dass das Down-Syndrom keine Krankheit, sondern eine genetisch bedingte Veranlagung ist, die in ihrer häufigsten Form, der »freien Trisomie 21« nicht vererbbar ist, erfährt der Besucher des Portals hier alles, was er über das Down-Syndrom wissen muss. Ausführlich beschrieben werden verschiedene Therapien wie die Cranio-Sacrale Therapie, die Delphinterapie oder die Kinesiologie – um nur einige der hier erklärten Therapien zu nennen. Offeriert werden darüber hinaus Zeitschriften, Bücher und DVDs, die sich mit verschiedenen Aspekten des Lebens von Menschen mit Down-Syndrom auseinandersetzen. Einen hohen Nutzwert besitzen auch die Erfahrungsberichte Be-

troffener und ein Forum, das den Austausch zu allen möglichen Fragen des Alltags ermöglicht. Zum Beispiel solche wie die, welche Versicherungen ein Kind mit



Down-Syndrom gegen Unfälle versichern oder was man tun kann, wenn ein Kind nicht zum Zahnarzt gehen will? Ein umfangreiches, internationales Linkverzeichnis und ein Gästebuch runden das inhaltlich hervorragende Angebot ab. *reh*

»Deutschland. Das von morgen« (7)

Britische Stammzellforscher haben erstmals die Erlaubnis erhalten, Frauen für die Spendung von Eizellen finanziell entschädigen zu dürfen. Laut der BBC hat die staatliche Aufsichtsbehörde für Fortpflanzungsmedizin und Embryologie (HFEA) einer Forschergruppe in Newcastle eine entsprechende Lizenz erteilt. Zielgruppe sind laut den Wis-

senschaftlern vor allem solche Frauen, die sich die teuren Verfahren der künstlichen Befruchtung nicht leisten können. Sofern diese Eizellen für die Forschung zur Verfügung stellten, könnten aber auch sie im Gegenzug eine Kinderwunschbehandlung erhalten.

Sollte diese Querfinanzierung europaweit Schule machen, könnte dies auch eine echte Revolution des hiesigen Gesundheitswesens nach sich ziehen. Menschen, die sich die Praxisgebühr nicht leisten können, könnten zum Beispiel zu Blutspenden verpflichtet werden. Bei komplizierten Operationen könnten finanzschwache Patienten ohne Zusatzversicherung einer Organentnahme zustimmen. Last but not least könnte, wer seines Lebens überdrüssig ist, sich wegen Höhenangst aber nicht von einer Brücke stürzen mag, die Giftspitze finanzieren, in dem er den verabschiedenden Arzt als Alleinerben einsetzt. *Stefan Rehder*



KURZ & BÜNDIG

Züricher Sterbehelfer angeklagt

Die Staatsanwaltschaft in Basel hat offiziell eine Anklage gegen einen Züricher Sterbehelfer erhoben. Ihm wird vorsätzliche Tötung sowie mehrfache Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord vorgeworfen. Der Angeklagte, ein 71-jähriger Psychiater, soll im April 2001 selbst die Polizei verständigt haben, nachdem er einem 48-jährigen Mann beim Suizid geholfen hatte. Der Suizid einer 62-jährigen Frau im November 2002 sei gar von der Sendung »Rundschau« des Schweizer Fernsehens dokumentiert worden. Die Anklage soll noch einen weiteren Fall aus dem Januar 2003 umfassen, zu dem jedoch keine näheren Angaben gemacht wurden. *reh*

Mord im Spital nach Hurrikan

Elf Monate nach dem Hurrikan »Katrina« in New Orleans sind eine Ärztin und zwei Krankenpflegerinnen wegen Mordes an vier Patienten im Memorial Medical Center angeklagt worden. Als Hintergrund für die Taten gaben die Angeklagten an, ihrer Einschätzung nach seien die 61 bis 90 Jahre alten Patienten für eine Evakuierung zu krank oder zu behindert gewesen. Der Justizminister des US-Staates Louisiana, Charles Foti, wollte auf einer Pressekonferenz, nicht über die Motive für die Verbrechen spekulieren. Für ihn sei jedoch klar: »Wir sprechen hier von Menschen, die taten, als seien sie Gott. Dies ist nicht Sterbehilfe. Dies ist schlicht und einfach Mord«, so Foti. Insgesamt waren in dem Krankenhaus nach dem Hurrikan mehr als 30 Patienten tot gefunden worden. Dennoch war nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nur in vier Fällen die Beweislage stark genug für die Eröffnung eines Strafprozesses. *reh*

Hospiz Stiftung lobt Regierung

Die Deutsche Hospiz Stiftung hat das Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform, demzufolge ein Rechtsanspruch auf umfassende Sterbebegleitung Gesetz werden soll, begrüßt. »Es ist gut, dass die Politik jetzt Prioritäten setzt – gerade in Zeiten knapper Mittel«, lobte Stiftungs-Geschäftsführer Eugen Brysch die Bundesregierung. Wie aus den Eckpunkten hervor geht, soll der Leistungsanspruch auf Palliativversorgung und deren Vergütung künftig definiert und verbessert werden. Der geplante Anspruch auf eine umfassende Sterbebegleitung entspreche genau dem Entwurf eines Palliativleistungsgesetzes, den die Stiftung Ende Mai vorgestellt habe, so Brysch. Würden alle Versorgungsstrukturen vom Leitgedanken der umfassenden Sterbebegleitung geprägt, könnten weit mehr Menschen zu Hause sterben als dies bislang der Fall sei. *reh*